

# Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
Werkeltätigkeitspreis: Abonnementpreis 0,75 Mk.;  
bei freier Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 18 Pf. mehr.  
Alle Postämter nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände  
dem  
**Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine**  
(Vierhundert)  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:  
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.  
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.  
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 105.

Berlin, Sonnabend, 31. Dezember 1910.

Zweihundvierzigster Jahrgang.

## Inhalts-Verzeichnis:

Neujahrsebetrachtungen. — Eine Anerkennung der Arbeitersekretäre. — Die Niederlage der „Genossen“. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkevereins-Teil. — Verbands-Teil. — Briefkasten. — Anzeigen.

## Neujahrsebetrachtungen.

Welch' ein Kontrast zwischen Weihnacht und Neujahr! Die Gedanken der Ruhe und des Friedens, die an den Weihnachtsfeiertagen die Herzen der Menschen bebauen, sind anderen Gefühlen gewichen. Der Beginn des neuen Jahres regt unwillkürlich zu Betrachtungen an, die uns hineinführen in das Leben mit seinen Sorgen und Kämpfen, mit seinen Erfolgen und seinen Enttäuschungen. Wohl dem, der an des Jahres Wende behaupten darf, daß er mit Genugtuung und Befriedigung den zurückgelegten Zeitraum überblicken kann! Dennoch wird auch er manche Hoffnung zu Grabe getragen haben. Denn es gibt keinen Menschen, dem alle Wünsche in Erfüllung gegangen sind, dem alle sein Tun gelungen ist.

Wenn wir als Arbeiter das abgelaufene Jahr noch einmal an uns vorüberziehen lassen, so braucht sein Scheiden eigentlich nicht gar zu trübe Gedanken in uns wachzurufen. Denn Gutes hat es nicht allzu viel gebracht. Wohl hat sich die geschäftliche Konjunktur im allgemeinen in aufsteigender Linie bewegt; die Arbeitsgelegenheit hat sich verbessert. In solcher Zeit sind auch die Einkommensverhältnisse günstiger. Leider aber haben davon die Arbeiter keinen Vorteil gehabt, da zu gleicher Zeit sich die Wirkungen der Reichsfinanzreform in ihrer ganzen Wucht fühlbar machten und außerdem eine außergewöhnliche Keuerung der Butter und des Fleisches eintrat. Dem energischen Einschreiten der Deutschen Gewerkevereine ist es in erster Linie zu danken, daß der Preis für Butter wieder auf das natürliche Maß zurückgeführt worden ist. Leider sind die Anstrengungen bezüglich des Fleisches von einem ähnlichen Erfolge nicht gekrönt gewesen.

Die ständige Verteuerung der Lebensmittel und notwendigen Bedarfsgüter, die naturgemäß viele Arbeiterkategorien gezwungen, höhere Löhne zu fordern. Deshalb hat es auch an wirtschaftlichen Kämpfen nicht gefehlt, von denen zwei ein besonderes Interesse beanspruchen: die Bauarbeiterbewegung und die Werftarbeiterbewegung. Die Vorgänge sind noch in frischer Erinnerung. Schwere Opfer mußten sowohl auf Seiten der Unternehmer als auch auf Seiten der Arbeiter gebracht werden, bis es gelang, einen beiden Parteien gerecht werdenden Frieden wiederherzustellen. Eine weitere Bewegung ist noch im Gange. Die Ruhrbergleute haben Forderungen gestellt, aber eine abschroff ablehnende Antwort erhalten. Noch ist es unentschieden, welchen Verlauf die Bewegung weiter nimmt.

Die sozialpolitische Ausbeute des letzten Jahres war, wenigstens soweit positive Erfolge in Betracht kommen, wie schon jetzt recht langer Zeit überaus dürftig. Die Reichsversicherungsordnung, das Arbeitsamtergesetz, das Heimarbeitengesetz sind zwar Gegenstand der Beratungen gewesen; sie harren aber alle noch der endgültigen Entscheidung. Ob sie alle im neuen Jahre verabschiedet werden, ist zum mindesten noch zweifelhaft. Gelingt es aber wirklich, so wird auch ihnen noch so mancher Schönheitsfehler anhaften, den zu beiseitigen die Arbeiterkraft gewiß alles aufzubieten hat. An ihr liegt es sicherlich nicht, wenn die in Aussicht stehenden Gesetze nicht die Wirkung haben werden, welche die Arbeiter von ihnen erwarten müssen. Als einzige reife Frucht vom Baume der Sozialpolitik konnte das Stellenvermittlergesetz ge-

erntet werden, das am 1. Oktober in Kraft getreten ist und gegenüber dem bisherigen Zustande zweifellos einen Fortschritt bedeutet.

Ein Wort der Erinnerung auch der preussischen Wahlrechtsreform, die in der ersten Hälfte des Jahres die Öffentlichkeit beschäftigte! Es war ein klägliches Nachwerk, das die preussische Regierung da dem Volke zu bieten wagte; noch kläglich aber war die Art, wie dieses Zerstückelung einer Wahlrechtsreform behandelt und vertretet wurde. Ein Glück, daß der Wechselbalg gar nicht erst zum Leben kommen konnte!

Halten wir Umschau in unserer Organisation, so bietet sich uns ein freundlicheres Bild. Ueberall hat sich ein regeres Leben bemerkbar gemacht; der Agitationseifer hat sich energisch und mit Erfolg betätigt. Viele neue Ortsvereine sind entstanden; die Zahl der Mitglieder hat eine überaus erfreuliche Zunahme zu verzeichnen, wie die nächsten Jahresberichte zeigen werden. Und dies war möglich, obgleich die Gegner der Deutschen Gewerkevereine in der Arbeiterkraft selbst nichts unversucht gelassen haben, uns den Boden abzugraben. Es hat ihnen nichts genützt. Trotz List und Gewalt, trotz Lüge und Verleumdung gewinnen die Ideen und Anschauungen, die Dr. Max Hirsch in die Arbeiterkraft zuerst hineingetragen hat, immer mehr Anhang. Selbst die erbittertesten Gegner unserer Organisation haben sie sich zu eigen gemacht, wenn sie auch nicht den Mut haben zu bekennen, daß die von ihnen verstoßenen Grundsätze den Deutschen Gewerkevereinen entlehnt sind.

1910 ist auch das Geburtsjahr unserer Jugendorganisation. An zahlreichen Orten unseres Vaterlandes sind Jugendabteilungen ins Leben gerufen worden, die sich zum Teil recht gut entwickelt haben und zu der Hoffnung berechtigen, daß im neuen Jahre schon Tausende von jungen Leuten unter dem Banner der Deutschen Gewerkevereine verammelt sind, um dermaleinst als Vorkämpfer für unsere gute Sache zu streiten. Möge der Samen, der hier ausgestreut ist, gute Ernte bringen!

Das bedeutendste Ereignis des scheidenden Jahres für unsere Organisation ist der Verbandstag, der zu Pfingsten in Berlin stattgefunden hat. An unseren Grundlagen hat er nichts geändert. Er hat uns aber neue Aufgaben gestellt, deren Lösung wir mit aller Energie in die Hand nehmen müssen. Insbesondere ist es unsere Pflicht, alles daran zu setzen, die Reform des Arbeitsrechts in dem Sinne, wie sie Dr. Hirsch gefordert hat, zur Verwirklichung zu bringen. Die ersten Schritte sind getan, und nicht eher werden wir rasten, als bis unser Ziel erreicht ist.

Leicht freilich wird der Kampf um ein zeitgemäßes Arbeitsrecht nicht sein. Die Kreise, die Herren im Hause um jeden Preis bleiben wollen und dem Arbeiter jedes Mitbestimmungsrecht beim Arbeitsvertrage verlagern, sind mächtig und einflussreich. Indessen die moderne Entwicklung hat ihre Position bereits arg ins Wanken gebracht, und wenn wir, im Vertrauen auf den endlichen Sieg, furchtlos und mannhaft kämpfen, dann wird es uns gelingen, die Feste des Absolutismus zu nehmen und das Banner des Rechts dort aufzupflanzen, wo jetzt noch die Gewalt thronet.

Darum gilt es, die Kräfte zum Kampfe zu stärken! Und an Gelegenheit wird es nicht mangeln. Das kommende Jahr bringt uns auch die Neuwahlen zum Reichstage. Die Erbitterung, die durch die Beschlüsse des jetzigen deutschen Parlaments geschaffen ist, wird sicherlich im Wahlkampfe deutlich zum Ausdruck gelangen. Wohl kann man es verstehen, wenn jemand keinem Unwillen über erlittenes Unrecht einen möglichst scharfen Ausdruck

zu verleihen sich bemüht. Läßt man sich aber lediglich durch Erbitterung leiten, so läuft man Gefahr, daß man Schritte tut, die man nachträglich bei ruhiger Ueberlegung bitter bereut. Der Zorn ist ein schlechter Berater. Deshalb ist auch dringend zu wünschen, daß der denkende Teil der Arbeiterschaft sich nicht durch die Mißstimmung, sondern durch seine wirkliche Ueberzeugung leiten läßt und danach seine Stimme abgibt. Als politisch neutrale Organisation schreiben wir unseren Mitglidern nicht vor, wie sie zu wählen haben. Sie können aber für niemand stimmen, der die jetzige Verteuerungspolitik unterstützt; sie können niemand wählen, dessen Partei die Organisation der Deutschen Gewerkevereine beschimpft und am liebsten vernichten möchte. Wer aber das Wesen der Gewerkevereine als einer freiheitlich-nationalen Arbeiterorganisation erfährt hat, der wird ohne weiteres wissen, welche Stellung er bei den Reichstagswahlen einzunehmen hat.

Doch das sind vorläufig noch Sorgen, die in weiterer Ferne liegen. Ist die Entscheidung erst näher gerückt, so wird noch manches Wort darüber zu sagen sein. Jetzt kommt es zunächst darauf an, daß beim Eintritt in das neue Jahr jedes einzelne Mitglied sich das feierliche Versprechen gibt, alles, was in seinen Kräften liegt, zu tun, um unsere Organisation zu stärken und zu vergrößern. Daran muß jeder mitwirken, gleichviel ob er an führender Stelle steht, oder als schlichter Soldat in Reih und Glied kämpft. Die Aufwärtsbewegung muß gefördert und beschleunigt werden, damit unsere Stellung in der Arbeiterbewegung und in der Öffentlichkeit überhaupt gefestigt und unser Ansehen erhöht wird. Wer das ganze Jahr auf seinem Posten seine Pflicht und Schuldigkeit tut, der wird dann auch am Ende mit freudiger Genugtuung die Erfolge seines Strebens wahrnehmen, die dann nicht nur ihm selbst, sondern der Organisation und damit der gesamten deutschen Arbeiterschaft zugute kommen. Möge uns das neue Jahr recht viele überzeugungstreue, pflichtbewusste und opferfertige Mitkämpfer bringen. Ihnen allen, die mit uns gemeinsam am Ausbau unserer guten Sache arbeiten wollen, rufen wir aufrichtigen Segens zu:

Ein glückliches, neues Jahr!

## Eine Anerkennung der Arbeitersekretäre.

Es ist noch nicht allzu lange her, da konnte man fast täglich in den Zeitungen die Beamten der Arbeiterorganisationen gekennzeichnet finden als „die gewerkschaftlichen Hege- und Agitatoren, die sich von den Arbeitergroßen mästen“. Etwas haben sich die Anschauungen im Laufe der Zeit geändert; aber auch heute noch gibt es Kreise, in denen die Arbeiterbeamten eine ähnliche Wertschätzung erfahren. Es erscheint uns deshalb angebracht, einige Urteile über Arbeitersekretäre zu veröffentlichen von Leuten, die keineswegs in dem Verdachte übergroßer Arbeiterfreundlichkeit stehen. Bei der Beratung des Arbeitsamtergesetzes im Reichstage äußerte sich der nationalliberale Abgeordnete Sorn folgendermaßen:

„Was den ersten Punkt anlangt (Die Wählbarkeit der Arbeitersekretäre. D. Red.), so habe ich bereits in der ersten Lesung hervorgehoben, daß meine Freunde durchaus anerkennen, welche Fülle von Kenntnissen, welche Arbeitskraft und Schaffenslust, welche geistige Begabung und Regsamkeit in den Arbeitersekretären verkörpert ist. Wir haben ja hier im Reichstage täglich in den Kommissionen Gelegenheit, das festzustellen.“

Trotz alledem erklärte sich dieser Redner gegen die Wählbarkeit der Arbeitersekretäre aus Gründen, die hier nichts zur Sache tun. Noch bemerkens-

werter aber erscheint uns die Anerkennung der Arbeitersekretäre aus dem Munde des Staatssekretärs Dr. Delbrück, der ja im übrigen ebenfalls ein entschiedener Gegner der Zulassung der Arbeitersekretäre zu den Arbeitskammern ist. Das hinderte ihn aber nicht, folgende Ausführungen zu machen:

„Ich gehöre gewiß nicht zu denjenigen, die eine unrichtige Vorstellung von der Tätigkeit der Arbeitersekretäre haben; ich weiß ganz genau, daß sie, so wie sich die Dinge bei uns entwickelt haben, eine, ich möchte sagen, unentbehrliche Institution geworden sind, die sich hoffentlich in der Richtung entwickeln wird, die der Herr Abgeordnete Raumann vorhin angegeben hat.“

Seine Herren, Sie alle kennen die Tätigkeit der Arbeitersekretäre aus der Tätigkeit in den Kommissionen dieses Hauses, und Sie werden alle wissen, daß sie dort mit ihrer Sachkunde wertvolle und angenehme Mitarbeiter sind. Sie wissen ferner, daß die Arbeitersekretäre die Vertreter des Arbeiters sind bei allen seinen Begehren durch die manchmal komplizierten Gänge unserer sozialpolitischen Gesetzgebung, daß sie seine Rechte vertreten vor den Behörden, daß sie seine Rechte vertreten vor allen Dingen aber in allen denjenigen Fällen, in denen der Arbeiter Rechtsansprüche auf Grund der sozialpolitischen Gesetze zu verfolgen hat, daß sie seine Anträge sind insbesondere auch vor den Schiedsgerichten und dem Reichsdienstleistungsausschuß. Sie berufen Versammlungen der Arbeiter, sie führen in diesen Versammlungen, sie bringen aber auch die Beschlüsse, die in diesen Versammlungen gefaßt werden, meist formuliert mit und sie gehen mit den Aufträgen, die sie sich auf diese Weise haben geben lassen, ins Land, an die Behörden, hier in den Reichstag und in die Landtage der Bundesstaaten.“

Wir haben leider bisher sehr wenig Veranlassung gehabt, den Staatssekretär des Innern wegen seiner sozialpolitischen Tätigkeit zu loben. Er hat nicht den Eindruck zu verwischen vermocht, daß er allzu sehr die Partei der Arbeitgeber vertritt. Die Scharfmacherblätter sind denn auch vermehrt und gleichzeitig empört über das Lob, das der Staatssekretär in obigen Ausführungen den Arbeitersekretären spendet hat. Mürrisch meinen deshalb die „Hamburger Nachrichten“:

„Wir halten dieses Lob der Arbeitersekretäre aus dem Munde des Stellvertreters des Reichskanzlers für einen überaus bedauerlichen und folgeschweren Mißgriff. ... Wenn man die Arbeitersekretäre für die Arbeiter als unentbehrlich ansieht, dann darf man logischerweise den Gewerkschaften, ja schließlich der gesamten Sozialdemokratie ein solches Lob nicht vorenthalten. Und ob ein süddeutscher Minister die sozialdemokratische Bewegung „großartig“ nennt und ein anderer Staatsmann meint, er möchte die Sozialdemokraten in dem Landtage seines Staates nicht missen, oder ob gar der Staatssekretär des Innern und Vertreter des Reichskanzlers sich in fast begeisterten Lobeserhebungen über die Arbeitersekretäre im besonderen und das ganze Institut im allgemeinen ergeht, das bleibt sich ziemlich gleich.“

Die Blätter vom Schlage der „Hamburger Nachrichten“ brauchen sich keine Gedanken darüber zu machen, daß Herr Dr. Delbrück etwa seinen Kurs geändert hat. Trotzdem begrüßen wir die Neußerungen des Staatssekretärs schon aus dem Grunde, weil man sie gelegentlich denjenigen unter die Nase reiben kann, die sich noch immer nicht von den alten Vorurteilen gegen die Arbeiterbeamten haben frei machen können.

### Die Niederlage der „Genossen“

bei der Firma Heinrich Freese, über die wir in Nr. 101 berichteten, hat die sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftspresse, insbesondere den „Vorwärts“ und die „Holzarbeiterzeitung“, auf den Plan gerufen. Die Erwiderungen, welche die genannten Blätter bringen, lassen auf den ersten Blick die Verlegenheit erkennen, in der man sich auf jener Seite befindet. Um die Wahrheit wird frech herumgeredet, wo es aber nicht geht, da wird sie einfach umgehoben. Wie sich in Wirklichkeit die Vorgänge bei Freese abgepielt haben, zeigt folgende Schilderung in der „Eiche“:

„In der Abteilung für Maschinenbearbeitung war auch ein Kollege beschäftigt, der einem anderen Verbande (soziald. Transport- und Fabrikarbeiterverband) als dem Holzarbeiterverbande angehörte. Der Vertrauensmann des Holzarbeiterverbandes soll nun mit allen Mitteln versucht haben, diesen Kollegen zum Uebertritt in den Holzarbeiterverband zu bewegen. Als alles nichts fruchtete, soll der Vertrauensmann so weit gegangen sein, seinem Kollegen an die Gurgel zu fahren. Als der Arbeiter nach diesem Vorfall sich nicht mehr in den Betrieb getraute und der Arbeit fernblieb, ließ ihn Freese nach seinem Rontor bitten, um sich nach der Ursache seines Fernbleibens zu erkundigen. Nach Kenntnis des Sachverhaltes verurteilte Freese die Entlassung des betreffenden Vertrauensmannes mit der Begründung, daß er derartiger Terrorismus in seinem Betriebe nicht dulde. Darauf wurde zuerst der Arbeiterauschuß, dann der Beamte Raß des deutschen Holzarbeiterverbandes und ein Vertreter des Fabrikarbeiterverbandes bei Freese vortellig, um die Entlassung rückgängig zu machen. Diefes lehnte Freese ab,

versprach jedoch, ein anderes Mitglied des Holzarbeiterverbandes dafür einzustellen, um zu zeigen, daß nicht die Verbandszugehörigkeit der Grund der Entlassung war.“

In diesem Verhalten Freeses wird wahrhaftig kein vernünftiger Mensch etwas von Koalitionsverhältnissen sehen können, wie es die beiden vorgenannten Blätter gerne hinflechten möchten, sehen. Den entlassenen Arbeiter hat nur die Strafe für sein terroristisches Beginnen erteilt. Wer darüber noch Worte der Verteidigung findet, tritt für den Terrorismus ein und schafft Material für eine neue Zuchtsbuvorlage, nicht aber diejenigen, die ein solches Gebahren verurteilen.

Nun zu der Tariffündigung bei Freese. Da behauptet zunächst der „Vorwärts“, es wäre unwahr, daß der Holzarbeiterverband Freese Forderungen übermittelt habe, um dann aber zwei Zeilen weiter unten zuzugeben, daß die Forderung gestellt wurde, Arbeitskräfte nur von dem Nachweis des deutschen Holzarbeiterverbandes zu beziehen. Diese Forderung lehnte Freese energisch ab.

Wenn dieses Verhalten Freeses vom „Gewerkverein“ als erfreulich bezeichnet wurde, so können wir dem nur zustimmen, denn das Bestreben des Holzarbeiterverbandes geht dahin, sich das Monopol in der Arbeitsvermittlung zu sichern, um so den anderen Organisationen unauffällig das schmerzstillende Opiat zu legen zu können.

Die „Holzarbeiterzeitung“ bemerkt dann noch: „Wir bekämpfen den Herr im Hause-Standpunkt des Unternehmers.“ Schön! und der Holzarbeiterverband versucht überall die Andersorganisierten aus den Betrieben herauszudrängen um so zur Alleinherrschaft zu gelangen. Weiter glaubt die „Holzarbeiterzeitung“ feststellen zu müssen, der Betrieb Freese habe aufgehört konstitutionell zu sein, weil die Firma über die sozialdemokratische Organisation den Sieg davon getragen hat. Auch das trifft nicht zu, es wäre denn, man würde die Angelegenheit so auffassen, wie es die „Holzarbeiterzeitung“ tut, nämlich, nur dann anzuerkennen, daß es ein konstitutioneller Betrieb ist, wenn nur sozialdemokratisch organisierte Arbeiter eingestellt und beschäftigt werden. Jedenfalls dürfte der Holzarbeiterverband mit dieser Auffassung ziemlich allein stehen, und kann man sich tatsächlich freuen, daß sich ein Arbeitgeber in der Holzindustrie gefunden hat, der noch dazu ein so weitgehendes sozialpolitisches Verständnis besitzt wie Freese, der den Genossen, ein bisshärter und nicht weiter zurück. Weil nun Freese auf Grund dieses und der in einer weiteren Versammlung erfolgten Vorurteile mit seinen Angaben, für die Arbeiter außerordentlich günstigen Einrichtungen heruntergemacht und in geradezu unverantwortlicher Weise gehetzt wurde, erteilte er nachstehenden Anschlag in seinen Betrieben:

1. Infolge des auf der Generalversammlung vom 28. d. Mts. bekannten Vorgehens des deutschen Holzarbeiterverbandes, sehe ich mich genötigt, die Herren Beamten meiner Firma zu ersuchen, Mitglieder dieses Verbandes nicht mehr einzustellen.

2. Das gleiche gilt für: den deutschen Transportarbeiterverband, den deutschen Fabrikarbeiterverband und den deutschen Metallarbeiterverband, die sich sämtlich dem Vorgehen des zuerst genannten Verbandes gegen mich angeschlossen haben.

3. Ist die Einstellung von Arbeitern in der Fabrik oder anderswo nötig, sind die sich meldenden Personen nach ihrer Verbandszugehörigkeit zu fragen. Ergibt sich, daß sie einem der vorgenannten Verbände angehören, so ist von der Einstellung Abstand zu nehmen.

4. Ich lege Wert darauf, daß bei Anstellungen möglichst die Mitglieder a) der Deutschen Gewerksvereine (Kirch- und Dunder), b) der christlichen nationalen (evangelischen) oder christlichen Arbeiterverbände berücksichtigt werden.

Sowohl beim Hauptgeschäft wie auswärts sind zunächst die Arbeitsnachweise dieser Organisationen zur Entsendung von Arbeitern jeder Art aufzufordern. Bei auswärtigen Arbeiten ist es ratsam, den Bedarf an Arbeitern schon vorher bei dem Arbeitsnachweis dieser Verbände anzumelden.

Erit wenn diese nicht genügend Arbeiter beschaffen können, dürfen nicht organisierte Arbeiter oder solche aus anderen Verbänden eingestellt werden unter Ausschluss der unteilend genannten vier Verbände, die durch ihr rücksichtsloses und gewalttätiges Vorgehen den Frieden unseres Betriebes gestört haben.

5. Arbeiter, die nach § 4 Absatz 1 der Arbeitsordnung ohne Kündigung eingestellt sind, sind vor Unterzeichnung des neuen Eintrittsscheines zu fragen, welchem Verbände sie angehören. Das Ergebnis ist dem obersten Betriebsleiter vorzulegen, ehe die Unterzeichnung des Eintrittsscheines erfolgen darf. — Ich bebaure sehr, daß ich zu diesen Maßnahmen genötigt worden bin, deren gewissenhafte Ausführung ich allen Beamten besonders empfehle.

Nieder-Schönhausen, den 3. Dezember 1910.

(gez.) Freese.

Weil wir nun nicht in dasselbe Horn wie die Genossen luten, oder aber auch, weil die Verbandsstatuten einen Brigidknecht für die von ihnen bei Freese geforderten Dummheiten haben, geht man dazu über, die „Kirche und Christen“ als Kassierer des Schlichtes zu titulieren, indem behauptet wird, die Vertreter dieser Organisationen gingen bei Freese aus

und ein. Auf diesen Anwurf der Genossen dürfte wohl das Sprichwort passen: „Keiner sucht den andern hinter dem Busch, wenn er nicht schon selbst dahinter gefressen hat.“ Von den Gewerksvereinen ist bis heute bei Freese noch kein Vertreter aus- und eingegangen, das mögen sich die „Holzarbeiterzeitung“ wie der „Vorwärts“ merken.“

### Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 30. Dezember 1910.

Das Zentralschiedsgericht im Baugewerbe ist jetzt endlich, nachdem fast ein halbes Jahr seit dem Schiedspruch in Dresden vergangen ist, gebildet worden. Nach dem Haupttarif im Baugewerbe sollen zu diesem Zentralschiedsgericht von dem Arbeitgeberverbande 3 und von den Arbeiterorganisationen 4 Vertreter gewählt werden. Außerdem sollen die beteiligten Organisationen 3 Unparteiische bezeichnen. Wenn über die Unparteiischen eine Einigung nicht zustande kommt, so hat das Reichsamt des Innern die Befugnis, die Unparteiischen zu ernennen. Eine solche Einigung ist unter den Beteiligten nur über einen Unparteiischen erzielt worden, und zwar über die Person des Geheimen Regierungsrats Dr. Wiedfeld von Reichsamt des Innern. Diese Instanz mußte also laut Tarifvertrag ersucht werden, die beiden anderen Unparteiischen zu ernennen. Diese Ernennung ist nun erfolgt, wie aus nachstehendem, an die beteiligten Organisationen gerichteten Schreiben zu ersehen ist:

„Auf die gemeinschaftliche Eingabe der am Vertragschluß im deutschen Baugewerbe beteiligten fünf Zentralorganisationen ernenne ich Herrn Königlichen Oberregierungsrat Max Mayer, München und Herrn Magistratsrat Paul Böbling, Berlin zu Unparteiischen für das im Hauptvertrag vorgesehene Zentralschiedsgericht. Herrn Geh. Regierungsrat Dr. Wiedfeld habe ich auf jederseitigen Widerruf und in Erwartung, daß seine Tätigkeit hierdurch nicht soviel, wie in Anbetracht genommen wird, die erbetene Genehmigung erteilt, in gleicher Eigenschaft im Zentralschiedsgericht mitzugewirken.“

Der „Vorwärts“ bezeichnet die Herren Dr. Mayer und Magistratsrat Böbling als ausgeprägte Scharfmacher. Wir wollen mit unserem Urteil zurückhalten und abwarten, wie die Herren ihr Ehrenamt ausüben.

In die Bergarbeiter in Rheinland und Westfalen richtet sich folgender, von den gemeinam vorgehenden Verbänden erlassener Aufruf:

„Im vollen Einverständnis mit dem am 28. d. Mts. abgehaltenen Viertelkonferenz beschlossenen die drei Organisationsvorstände (vom Alten Verband, der Röhlschen Berufsvereinigung und Gewerksverein Kirch-Dunder) in einer heute in Bochum tagenden gemeinsamen Sitzung, an die Belegschaften aller Zechen den Aufruf zu richten:

Kameraden! Die ablehnende Haltung des Zechenverbandes und der fiskalischen Grubenverwaltung von Medlinghausen zu unseren gestellten Lohnforderungen erfordert eine gründliche Aussprache in Belegschaftsversammlungen. Zu diesem Zweck sollen möglichst für die nächsten Sonn- und Feiertage (6., 8., 15. und 22. Januar 1911) für alle Zechen des Ruhrbeckens Belegschaftsversammlungen einberufen werden, um die Meinung aller Kameraden zu hören. Wir ersuchen die organisierten Kameraden, sich über die Einberufung und über die Vollstänigkeit baldigst zu verständigen und uns die Versammlungsangelegenheit baldigst zuzusenden, damit die Bekanntmachung gründlich erfolgen und Referenten besorgt werden können.“

Guch die Disziplin und die Einigkeit! Vor allem: meidet die Heber- sichten.“

Mit kameradschaftlichem Glückauf!

Bochum, den 28. Dezember 1910.

Im Auftrage: Sasse, Rantowski, Schmidt.“

Eine verständige Verwendung der Strafgefangenen will die Rieker Oberstaatsanwaltschaft herbeiführen. Wie die „Röln. Ztg.“ mitteilt, ist sie ernstlich bemüht, die bisherige Gefängnisarbeit einzuschränken und die Strafgefangenen zu landeskulturarbeiten zu verwenden. Die handwerksmäßigen Arbeiten und die Wäldereien sind gänzlich eingestellt. Die Gefangenen sollen vorwiegend zur Urbarmachung von Dedländerien herbeigeführt werden. Die Oberstaatsanwaltschaft hat sich an den Seidewerkverein und schleswig-holsteinische gemeinnützige Siedlungsgenossenschaften gewandt, damit diese bei der Bearbeitung größerer Landesflächen Gefangene verwenden. Der Seidewerkverein will bei umfangreicheren Aufforderungen die Bestellung von Gefangenen ernstlich erwägen und die Unternehmer auf diese Arbeitskräfte aufmerksam machen. Die Siedlungsgenossenschaft schloß mit der Justizverwaltung einen Vertrag ab, der sie in den Stand setzte, jeder-

zeit Behörden, Genossenschaften und auch Privatpersonen zur Ausführung von Landeskulturarbeiten Gefangene zu überlassen.

**Arbeiterbewegung.** Die Aussperrung der Kürschnergehilfen in Röttha b. Weipzig ist zur Zufolge geworden. Am Tage vor Weihnachten sind etwa 250 Arbeiter auf das Pflaster geworfen worden; etwa ebensoviele werden deren Schicksal in den nächsten Tagen teilen. — Der Streik der Bergarbeiter in Gausham und Benzberg in Oberbayern ist mit einem kleinen Erfolge für die Arbeiter beendet worden. Es sind ihnen kleine Lohnaufbesserungen bewilligt, die in Zeiten günstiger Konjunktur noch erhöht werden sollen.

Der Verein der schwedischen Schuhwarenfabrikanten hat beschlossen, am 2. Januar alle Arbeiter wegen der bestehenden Tarifstreitigkeiten auszusperrn. Wenn nicht noch eine Einigung zustande kommt, werden davon 5000 Arbeiter betroffen. — In Wien haben 5000 Zwischmeister und 10 000 Schneidergehilfen beschlossen, am 1. Januar die Arbeit einzustellen, da die Konfektionäre sich weigern, eine Lohnhöhung zu bewilligen. — Die Hafenarbeiter von Dünkirchen sind wegen ihrer Forderung auf Einführung des Achtstundentages und Befreiung der Nacht- und Sonntagsarbeit ausgesperrt worden. — Im Lütticher Kohlenbeken ist eine Streikbewegung im Gange, an der etwa 2000 Bergleute beteiligt sind.

Die Lage des Arbeitsmarktes im Monat November hielt sich nach dem „Reichsarbeitsblatt“ im allgemeinen auf gleicher Höhe wie im Oktober. Im Baugewerbe ließ die Beschäftigung der Jahreszeit entsprechend nach. Die Besserung auf dem Ruhrkohlenmarkt hat angehalten. Im obersteilischen Kohlengebiete war der Abstieg besser. Im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau hat die Briffetnachfrage nachgelassen. Der Beschäftigungsgrad in der Metall- und Maschinenindustrie war befriedigend. Die elektrische Industrie war gut beschäftigt. In der Textilindustrie hat sich der Arbeitsmarkt etwas gebessert. Das Bekleidungs-gewerbe war im allgemeinen reichlich beschäftigt.

Nach den Berichten der Krankenkassen hat der Beschäftigungsgrad im Laufe des November nachgelassen, was in der Hauptsache auf das Baugewerbe zurückzuführen ist. Es ergab sich am 1. Dezember 1910 gegenüber dem 1. November 1910 eine Abnahme der versicherungspflichtigen Mitglieder abzüglich der Kranken von insgesamt 31 926 (— 40 569 männliche, + 8633 weibliche). Gegenüber dem 1. Januar 1910 beträgt die Steigerung des Beschäftigungsgrades der männlichen und weiblichen Personen 8 v. H.

An den Arbeitsnachweisziffern ist im Vergleich zum Vormonat eine Verschlechterung, im Vergleich zum Vorjahr eine Besserung des Arbeitsmarktes wahrzunehmen. Bei der Gesamtzahl der berichtenden Arbeitsnachweise, für welche vergleichbare Angaben vorliegen, kamen im November 1910 auf je 100 offene Stellen bei den männlichen Personen 194, bei den weiblichen 119 Arbeits-gesuche gegen 163 bzw. 104 im Oktober 1910 und 209 bzw. 120 im November 1909.

Der Berliner Arbeitsmarkt zeigte gegenüber dem Vormonat ein ungünstigeres Bild, auch im Vergleiche zum Vorjahr ist eine Verschlechterung zu bemerken. In Schleswig-Holstein, Lübeck und Hamburg hat der Beschäftigungsgrad gegen den Vormonat nachgelassen. Aus dem Rheinlande wird ein der Jahreszeit entsprechender Rückgang gemeldet. Ebenso lautet der Bericht über die Lage des Arbeitsmarktes in Hessen-Nassau und Hessen. Auch in Bayern, Württemberg und Baden ist gegen den Vormonat auf dem Arbeitsmarkt eine Abminderung zu verzeichnen, wenn auch die Beschäftigung in einzelnen Gegenden und Industriezweigen noch verhältnismäßig gut ist.

Die Einnahmen aus dem Güterverkehre deutscher Eisenbahnen betragen im November 156 297 537 Mark, d. h. 11 611 775 Mark mehr als im gleichen Monate des Vorjahres; dies bedeutet eine Mehrerinnahme von 184 Mark oder von 6,53 v. H. auf 1 Kilometer.

Zur Linderung der Fleischnot hatte, wie wir in unserer letzten Nummer mitteilten, der Arbeiter-Ausschuß der optischen Werkstätte von Carl Zeiß in Jena die Einfuhr von gutem dänischem Fleisch in die Wege geleitet, das den Betriebsangestellten zu wesentlich ermäßigten Preisen zur Verfügung gestellt wird. Dazu leistet sich die sozialdemokratische „Weimar. Volksztg.“ einen geistreichen Witz.

In ihrem Anzeigenteil bringt sie nämlich folgendes Inzerat:

„Unsere Ochsen sind eingetroffen. Fleischermeister Dirsch und Dunder. Kein Laden, deshalb sehr billig. Pfund 66, bei 10 Pfund 61 Pfg.“

Wenn der Arbeiter-Ausschuß bei Zeiß aus „liebbedachten Genossen“ bestände, hätte das sozialdemokratische Blatt zweifellos recht viel Aufhebens von dem Vorgehen des Arbeiter-Ausschusses gemacht. Da das aber nicht der Fall ist, sondern der Arbeiter-Ausschuß „nur aus Dirsch“ besteht, macht man solche faulen Wägschen. Der Arbeiter-Ausschuß wird sich dadurch jedenfalls in seinem wirklich arbeiterfreundlichen Vorgehen nicht beeinflussen lassen.

Ein Seminar für Genossenschaftswesen soll mehrfach im preussischen Abgeordnetenhaus geäußerten Wünschen entsprechend, nimmehr eingerichtet werden. Der neue preussische Etat wird die nötigen Mittel hierzu fordern, und daß die Parteien sie einstimmig bewilligen werden, steht wohl außer Frage. Seinen Sitz wird das Seminar in Halle haben. Wie die „Blätter für Genossenschaftswesen“ mitteilen, sind für das Sommersemester 1911 folgende Vorlesungen in Aussicht genommen: Professor J. Conrad: „Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Genossenschaftswesens“; Professor E. Loening: „Das Genossenschaftsrecht“; Professor W. Rodnik: „Bau- und Verhältnisse des Genossenschaftswesens mit Bezug auf die Genossenschaften“; Dr. Gehring: „Einführung in die Staats- und Wirtschaftslehre“; Defonomierat Dr. Kabe: „Landwirtschaftliches Genossenschaftswesen“; Dr. Felber: „Kaufmännische Buchführung“; Justizrat Prof. Dr. Hans Crüger: „Genossenschaftswesen des Handwerks und des Kleinhandels“; Dr. Wolff: „Die Konsumvereine“.

Der letztgenannte Herr Dr. Wolff ist Privatdozent für Nationalökonomie und Statistik an der Universität Halle und zugleich Direktor des städtischen Amtes in Halle. Das Seminar für Genossenschaftswesen in Halle soll ein Gegenstück zu dem in Göttingen bestehenden Seminar für Versicherungs-wesen bilden. Es ist berechtigt, Prüfungen abzuhalten und Diplome auszustellen. Die Leitung ist Herrn Professor Conrad übertragen. Sein Zweck besteht darin, Personen, die sich praktisch im Genossenschaftswesen betätigen, oder aus anderen Gründen theoretische und praktische Kenntnisse im Genossenschaftswesen erwerben wollen, die Gelegenheit zur notwendigen wissenschaftlichen Ausbildung zu geben. Ueber die Zulassungsbedingungen ist noch nichts bekannt geworden. Jedenfalls ist die Errichtung dieses Seminars mit großer Freude zu begrüßen. Es ist ein neuer Beweis für die zunehmende Bedeutung des Genossenschaftswesens für unsere gesamte Volkswirtschaft.

Ueber den Unterricht in der Bürger- und Lebenskunde in den ländlichen Fortbildungsschulen besagt eine neue ministerielle Verfügung nach der „Post“ folgendes:

Die Bürgerkunde hat den Schüler an der Hand der Erscheinungen in der Heimat aufzuklären über die Verhältnisse und Bedingungen des städtischen, kommunalen und staatlichen Verwaltungslebens. (Familie, Gemeinde, Kreis, Provinz, Staat, Reich usw.) Dabei ist darauf zu achten, daß der angehende Staatsbürger seine wichtigsten Pflichten und Rechte kennen lerne, mehr aber noch darauf, daß er die bestehenden Einrichtungen und Organisationen als solche erkenne, die die menschliche Gesellschaft sich zum Wohle ihrer einzelnen Glieder geschaffen hat, so daß der junge Mensch innerlich in die Gemeinschaft hineinwächst. Es ist deshalb dringend zu empfehlen, den Unterricht in der Bürgerkunde mit geschichtlichen Ansichten zu durchsetzen. Auch selbständige Gesichtsbetrachtungen im Anschluß an vaterländische Gedenkorte können sehr gut in diesen Unterricht aufgenommen werden. Ferner wird darauf hingewiesen, daß der Schüler die Vorgänge auf wirtschaftlichem Gebiet, im Verkehrsleben im weitesten Sinne, im Vereins- und Genossenschaftsleben kennen lern. Bei allem ist die ideale und ethische Seite zu berücksichtigen, da dieser Unterricht sich besonders dazu eignet, erzieherisch wirkende Betrachtungen einzuflechten. Speziell bezüglich der Lebenskunde wird betont, daß besonders sittlich-religiöse, bürgerlich-vaterländische, wirtschaftliche und andere Momente zu berücksichtigen sind. Alle vertriebsmäßige Belagerungen sollen eine stark hervorzuhebende erzieherische Bedeutung haben. Wo man besondere Stunden außerhalb des eigentlichen Unterrichts für die sittlich-religiöse Förderung der Schüler einrichtet, sind auch dann weitere Erziehungsziele sich zu setzen, wenn die Bezeichnung „Religionsunterricht“ gewählt wird.

Das Verbot der Nachtarbeit in den Bäckereien in Frankreich ist in erfreuliche Nähe gerückt. Im Februar befristete sich die Deputiertenkammer mit einem diesbezüglichen Antrage, der an die Arbeitskommission verwiesen wurde. Diese ist zu

durchaus zustimmenden Beschlüssen gelangt und hat folgende Feststellungen gemacht:

Das Brot kann besser und reinlicher während des Tages erzeugt werden. Das technisch stark zurückgebliebene Bäckergewerbe würde sich mit dem Verbot der Nachtarbeit technisch vervollkommen und umgestalten. Die Arbeitnehmer seien einmütig in der Forderung der Tagesarbeit, und auch die Arbeitgeber würden eine bessere Regelung der Arbeitszeit als Wohltat empfinden. Die Konsumenten im größten Teile des Landes würden von der veränderten Zeiteinteilung im Bäckergewerbe überhaupt nichts gewahr; höchstens in gewissen Teilen von Paris würde man eine spätere Brotlieferung merken; dafür aber würden die Konsumenten frischeres und reineres Brot erhalten.

Aus allen diesen Gründen schlägt die Kommission vor, ein Gesetz zu erlassen, wonach die Erzeugung von Brot oder Backwerk in der Zeit von 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens unterlag sein soll. Sämtliche Bäckereibetriebe, gleichviel welchen Umfangs, sollen unter das Gesetz fallen. Es darf wohl erwartet werden, daß die Deputiertenkammer sich auf den Boden dieser Anschauungen stellt, und wenn man dann gesehen hat, daß man in Frankreich mit der Forderung sehr gut auskommt, dann wird vielleicht auch für Deutschland bald die Zeit herannähen, da man dem Verbot der Nachtarbeit in Bäckereien nähertritt.

Die „Freie Hochschule Berlin“ gibt soeben ihr neues Programm für das Winterquartal heraus, das wiederum einen erheblichen Zuwachs von Vortragsreihen aufweist. In 111 Zyklen werden die wichtigsten Fragen der Weltanschauung, Kunst, Literatur, Volkswirtschafts- und Rechtslehre, Naturwissenschaft, Medizin und Technik in allgemein verständlicher Form behandelt. Dem Wort des neuen Programms entnehmen wir, daß an den Vorlesungen des Herbstquartals 7500 Hörer teilnahmen, was eine Zunahme von 2000 Hörern gegenüber dem Herbstquartal 1909 bedeutet. Auch die Einzelvorträge wiesen guten Besuch auf. Dieses starke und ständige Anwachsen der Hörerzahl beweist, daß die Bestrebungen der Freien Hochschule eine immer wachsende Anziehungskraft auf alle Kreise der Bürgerchaft Groß-Berlins ausüben. Wer nach Erweiterung und Vertiefung seines Wissens strebt, wird in dem neuen überaus reichhaltigen Programm mannigfache Wünsche erfüllt finden.

Das 62 Seiten starke Programm wird wie bisher kostenlos ausgegeben in allen städtischen Lesehallen, in allen öffentlichen Bibliotheken, in sämtlichen Filialen von Voer u. Wolf und in unserem Verbandsbureau. Hörerkarten sind in den im Programm auf Seite 60 und 61 verzeichneten Verkaufsstellen erhältlich.

Eine Ausstellung gegen die Schundliteratur wird auf Veranlassung der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge in der Zeit vom 4. bis 8. Januar in Berlin im Reichstagsgebäude gezeigt werden. Die Besuchszeit ist festgesetzt von nachmittags 3 bis 8 Uhr; am Sonntag, den 8. Januar, wird die Ausstellung von 12 bis 4 Uhr zu besichtigen sein. Die Ausstellung enthält zahlreiche Proben der verschiedensten Arten der Schundliteratur in Wort und Bild, eine große Menge zerlesener Schundliteratur aus Armennadschläfen, von Schulfindern, Fortbildungsschülern, Geschäftsbürokraten, Besuchern der Ayle für Obdachlose, ferner graphische Darstellungen des ungeheuren Abwages dieser Schundhefte in Deutschland. Weiter werden geboten als Gegenmittel zahlreiche Sammlungen guter und billiger Volks- und Jugendbücher, Wanderbibliotheken, Schriften gegen die Schundliteratur und graphische Darstellungen zur Veranschaulichung der Bedeutung dieser Kampfarbeit. Für sachverständige Führung der Besucher ist Sorge getragen. Vorträge über den Gegenstand sollen die Wirkung des Geschehenen verklären. Solche Vorträge, von hervorragenden Fachmännern gehalten, finden in der Ausstellung um 6 Uhr statt, am Sonntag, den 8. Januar, mittags um 12 Uhr. Eintrittskarten zum Besuche der Ausstellung sind unentgeltlich in unserem Bureau, Greifswalderstr. 221-23, in beliebiger Anzahl zu haben.

Die 4. Volksvorstellung der Generalintendantur der Königl. Schauspiele in dieser Saison findet am Dienstag, den 3. Januar 1911, abends 8 Uhr, im Neuen König. Operntheater (Stoll) statt. Zur Aufführung gelangt: „Berlitzel“ von Leo Blech, und „Der Barbier von Sevilla“ von Gioach. Rossini. Der Billetverkauf erfolgt — wie bisher — in den bekannten Verkaufsstellen des Vereins für Volksunterhaltungen.

